

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin:	Mittwoch, 02.11.2022
Sitzungsbeginn	18:00 Uhr
Sitzungsende	20:38 Uhr
Ort, Raum:	Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Arne Hansen

Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken 2 stellv. Kreis-
präsident

Herr René Bülow

Vertretung für: Herrn Sven-Hil-
mer Brauer

Herr Kurt Barkowsky 1. stellvertretender Landrat

Herr Nils Böttger

Frau Silke Brandt

ab 18:15 Uhr

Herr Dieter Riemenschneider

Herr Jens Wersig

Herr Oliver Weber

Herr Sven Wendorf

Herr Dr. Norbert Pranzas

Herr Matthias Ziebuhr

Frau Julia Glagau

Herr Schrenk FBL Umwelt, Planen, Bauen

Frau Baum FDL Bau- und Umweltverwaltung

Herr Blumhagen FDL Kreisstraßen, Radwege, Brü-
cken

Herr Borchers FDL Naturschutz und Landschaftspfle-
ge

Herr Hartmann FDL Kreisplanung, Regionalmanage-
ment, Klimaschutz

Frau Jensen-Schmidt FDL Wasser-Boden-Abfall

Herr Birnbaum Klimaschutzmanager

Herr Jungjohann FGL Bauverwaltung

Herr Mozer SVG

Frau Krüger

Herr Tatz Anwärter

Abwesende:

Herr Sven-Hilmer Brauer	-
Herr Kevin Ruhbaum	-
Frau Marion Löding Kreiseniorenbeirat	-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2022
- 3 Berichte der Verwaltung
 - 3.1 Bericht der Radverkehrsbeauftragten
 - 3.2 Sachstandsbericht IV-2022_WRI-UNK_Kreisstraßen, Radwege und Brücken_FD 66.00
Vorlage: DrS/2022/021-03
 - 3.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle 04/2022
Vorlage: DrS/2022/041-03
 - 3.4 hvv-Bilanz 9 €-Ticket
Vorlage: DrS/2022/238
 - 3.5 Antrag der Stadt Norderstedt auf Einrichtung einer neuen Buslinie im Glas-
hütter Damm
Vorlage: DrS/2022/237
 - 3.6 Informationen aus der UNB zu aktuellen Themen
Vorlage: DrS/2022/229
- 4 Beratung und/oder Beschlussfassung
 - 4.1 Anmeldung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ff.
hier: Stellenmehrbedarf FD 63.00 Bau- und Umweltverwaltung, IT-Fachko-
ordination
Vorlage: DrS/2022/210
 - 4.2 Budget 2023 - Fachbereich IV
Umwelt-, Natur- und Klimaschutz
Vorlage: DrS/2022/224

- 5 Verschiedenes
 - 5.1 Informationen und Anfragen
 - 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 6 Einwohnerfragestunde II
- 7 Anträge
 - 7.1 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ff.: 2 Vollzeitstellen Radverkehrsplanung
Vorlage: DrS/2022/261
 - 7.2 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen: Zwei VZS für den Naturschutz, Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und biologischen Klimaschutz
Vorlage: DrS/2022/260
 - 7.3 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen über eine weitere Vollzeitstelle in der Klimaschutzleitstelle
Vorlage: DrS/2022/259
 - 7.4 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum IT-Stellenplan bezüglich der DrS/2022/210 und 236
Vorlage: DrS/2022/262

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist.

Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)

zu 1 Einwohnerfragestunde I

Aus der Einwohnerschaft werden keine Fragen gestellt.

zu 2 Formalien

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Herr Wersig schlägt vor, die Anträge unter den TOP 7.1-7.4 unter dem TOP 4.1 mitzuberaten.

Die Tagesordnung wird entsprechend einstimmig genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 14.09.2022

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

zu 3 Berichte der Verwaltung

zu 3.1 Bericht der Radverkehrsbeauftragten

Frau Hohmeier berichtet über ihre ehrenamtliche Arbeit als Radverkehrsbeauftragte, die sie seit Sommer 2021 ausübt. Sie gab einen Überblick über die Tätigkeiten des Beirats im vergangenen Jahr. Neben Aktionen wie dem Parking Day und der Organisation der kidical mass in der Kreisstadt Bad Segeberg, fanden auch Termine und Treffen zu unterschiedlichen Thematiken bezüglich der Radverkehrsförderung im Kreis statt. Beispielsweise ein Treffen mit den Bürgermeister*innen der Gemeinden aus dem Amt Trave Land, um dort beratend bei nicht priorisierten Radverkehrsprojekten zur Seite zu stehen.

Der Beirat hole sich auch für interne Sitzungen inhaltlichen Input von Expert*innen ein, wie Anfang 2022, als ein intensiver Austausch mit einer Initiative aus Baden-Württemberg zum Thema Radschulwege stattfand, deren Konzeptidee mittlerweile landesweit verstetigt wurde. Grundsätzlich sei die Zusammenarbeit mit Partner*innen und der Austausch ein wichtiger Bestandteil der ehrenamtlichen Arbeit des Beirats (RAD.SH, Verkehrswacht, LBV, Metropolregion, Gemeinden und Kommunen des Kreises...).

Aus der internen Arbeit im Radverkehrsrat sei die AG Radschnellwege gegründet worden, die mittlerweile mit einer Empfehlung einer Alternativroute an die Kommunen und Gemeinden im Kreis herangetreten ist. Der Beirat sieht sich hier als Berater und möchte ergänzend und bereichernd tätig sein.

Grundsätzlich resümiert Frau Hohmeier, dass die Tätigkeit einer/s Radverkehrsbeauftragten im Ehrenamt sehr umfangreich sei. Die offizielle Stellenausschreibung passe sehr gut auf den Aufgabenbereich, mache den Umfang allerdings auch sehr deutlich. Das liege vor allem auch an der zeitlichen Einteilung, da die meisten Projekte und Termine grundsätzlich während der üblichen Geschäftszeiten stattfinden. Frau Hohmeier empfiehlt, die Arbeit des/der Radverkehrsbeauftragten nicht nur in einem Ehrenamt anzusiedeln. Um die Förderung des Radverkehrs zügig und qualitativ hochwertig voranzutreiben, sei eine hauptamtliche Besetzung zielführend, die in die Verwaltung eingebettet und eine Schnittstelle und Ergänzung zum Ehrenamt bildet. Viele Themengebiete warten auf Bearbeitung und Umsetzung, weist Frau Hohmeier mit Bezug auf die Radstrategie hin. Da sind mehr Personalstellen erforderlich. Das Ehrenamt kann hier lediglich eine sinnvolle Ergänzung sein. Die drei Kernthemen der Landesstrategie seien das angestrebte Modal Split, die Vision Zero (Verkehrssicherheit) sowie die Radtoursimuszförderung, in allen Bereichen sieht Frau Hohmeier enormen Handlungsbedarf.

Herr Weber bedankt sich für den ausführlichen Bericht und fragt nach, wie sehr sich der Radverkehrsbeirat für das Thema Sicherheit im Radverkehr einsetze. Ihm gehe es hierbei besonders um die Beleuchtung von Fahrrädern. Gerade in der jetzigen Jahreszeit sei ihm schon vermehrt die fehlende Beleuchtung i. V. m. der schlechten Sichtbarkeit der Radfahrer*innen aufgefallen. Frau Hohmeier betont die Wichtigkeit dieses Themas. Es werden diesbezüglich auch Gespräche mit der Kreisverkehrswacht geführt. Jedoch sei es aufgrund von Personalmangel nicht mehr möglich, wie früher üblich, mit dieser Thematik in die Schulen zu gehen und dort eine Sensibilisierung zu starten. Frau Hohmeier versichert, dieses Thema aufzunehmen. Ergänzend erklärt sie dazu, dass die Sicherheit auch mit dem Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur verknüpft sei und somit das eine mit dem anderen zusammenhänge. Eine Förderung von beiden Bereichen, Sicherheit und Infrastruktur, sei somit von großer Bedeutung.

Herr Wersig betont, dass kreisweit Städte in die Projekte eingebunden werden müssen. Weitergehend möchte er wissen, welche Aufgaben und Vorteile ein*e hauptamtliche*r Radverkehrsbeauftragte*r habe. Frau Hohmeier erklärt, dass Personen, die entsprechende Expertise besitzen würden, Projekte schneller umsetzen können. Es sei zudem einfacher zu den üblichen Geschäftszeiten miteinander zu kommunizieren.

Herr Dr. Pranzas möchte wissen, ob die Radverkehrsbeauftragte bei der Aufstellung der neuen Verbotsschilder (Radfahrende dürfen nicht überholt werden) mit eingebunden werde und ob und wenn ja, wo diese Schilder bereits realisiert wurden, bzw. realisiert werden sollen. Frau Hohmeier erklärt, dass sie bislang keine Kenntnis von einer Aufstellung der Schilder habe. Die Schilder müssten von der Verkehrsbehörde angeordnet werden. Herr Blumhagen ergänzt, dass die Schilder bislang noch nicht verwendet worden seien. Herr Schrenk versichert, dass die Frage an die Verkehrsaufsicht weitergegeben werde.

Abschließend betont Herr Hansen die Bedeutung der Radstrategie SH 2030. Es gehe darum, die Anzahl der Unfälle mit Beteiligung von Radfahrenden um mind. 50% zu reduzieren und den Radverkehrsanteil am Gesamtverkehr bis 2030 auf 30% zu steigern. Dabei sei die fehlende Sicherheit oftmals ein großes Hindernis, um dieses Ziel zu erreichen. Herr Hansen bedankt sich bei dem Ausschuss für das konstruktive Gespräch und ebenfalls bei Frau Hohmeier für ihren Bericht sowie ihre geleistete ehrenamtliche Arbeit.

zu 3.2 Sachstandsbericht IV-2022_WRI-UNK_Kreisstraßen, Radwege und Brücken_FD 66.00 **Vorlage: DrS/2022/021-03**

Herr Dr. Pranzas möchte wissen, wie der Sachstand zur Brücke in Herrenmühle sei. Herr Blumhagen erläutert, dass aktuell noch keine Zahlen vorliegen würden, diesbezüglich jedoch monatliche Planungsbesprechungen mit allen Beteiligten stattfinden würden. Aktuell laufe die Plausibilitätsprüfung in Bezug auf die Untersuchungen zu den Fledermäusen und Fischen. Die Umweltverträglichkeitsprüfung sollte eigent-

lich bis Ende 2022 fertig sein, der Termin sei jedoch nicht zu halten. Die Komplexität dieses Projekts sei vorab so nicht abzusehen gewesen. Beispielsweise habe die Planung der Sohlgleite eine große Auswirkung auf das Projekt, was so nie geplant gewesen sei. Wünschenswert sei es, Mitte 2023 die Vorzugsvariante nennen zu können. Die Sohlgleite sei aus wirtschaftlichen und naturschutzrechtlichen Gründen sehr wichtig. Vermutlich werde eine dichtere Trassenführung am Bestand möglich sein, so dass weniger Eingriff in die Natur nötig werde.

zu 3.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle 04/2022
Vorlage: DrS/2022/041-03

Es werden seitens der Sitzungsteilnehmer keine Fragen gestellt.

zu 3.4 hvv-Bilanz 9 €-Ticket
Vorlage: DrS/2022/238

Herr Wersig möchte wissen, was unter dem Begriff „Umland“ in dem HVV-Bericht zu verstehen sei. Herr Mozer erklärt, dass 5 Kreise nördlich und 3 Kreise südlich von Hamburg gemeint seien.

Herr Mozer erklärt auf Nachfrage von Herrn Wersig, dass es sich bei den 27% nicht genutzter Autos um die Neunachfrage handle. Demensprechend liege die verlagerte Nachfrage von PKW zu ÖPNV bei 27%.

Herr Weber möchte wissen, was unter den 78% Kannibalisierung zu verstehen sei. Nach der Erläuterung von Herrn Mozer handele es sich um die Anzahl der Tickets, welche von Bestandstickets zu 9€-Tickets umgewandelt wurden.

Herr Dr. Pranzas erkundigt sich, ob das 5er Tagesticket angenommen werde. Herr Mozer erklärt, dass es sich bei dem 5er Tagesticket um eine Weiterentwicklung des 10er Tagestickets handle. Oftmals sei eine Jahreskarte überflüssig, da durch Homeoffice der Bedarf nicht mehr bestehe. Auch die 10er Tageskarte sei nicht sehr gut angenommen worden. Bei dem 5er Tagesticket sehe dies anders aus, die Nachfrage sei gut. Es handele sich dabei um ein digitales Ticket.

Während dieses Tagesordnungspunktes erreicht Herrn Mozer die Information, dass sich die Bundesregierung auf ein 49€ Ticket geeinigt habe. Dieses gibt er bekannt.

zu 3.5 Antrag der Stadt Norderstedt auf Einrichtung einer neuen Buslinie im Glashütter Damm
Vorlage: DrS/2022/237

Herr Wersig nimmt Bezug auf die neuen, kleineren Busse und möchte wissen, ob es weiteren Bedarf an kleinen Bussen gebe oder ob diese nur für die Norderstedter Route angeschafft werden müssten. Herr Mozer erläutert, dass in Henstedt-Ulzburg

identische Busse ab dem kommenden Fahrplanwechsel im Dezember eingesetzt werden. Aktuell sei der 12m Bus Standard. Jedoch werden auch die kleineren Busse gefördert und es sei davon auszugehen, dass der Bedarf weiter steigen werde. Es könne dadurch ein bedarfsgerechteres Angebot gemacht werden.

Herr Mozer erklärt weiter, dass die Stadt Norderstedt die Kostenübernahme beim Kreis Segeberg beantragt habe. Dies sei gemäß dem RNVP möglich. Er verweist auf das Verfahren, dass hierfür im neuen RNVP vorgesehen worden sei. Sollte der Kreis den Antrag ablehnen, müsse die Stadt Norderstedt die Kosten selber tragen. Herr Hansen erläutert, dass es sich bislang nur um eine Berichtsvorlage handele und ein Beschluss erst in 2023 zum nächsten Fahrplanwechsel anstehe.

zu 3.6 Informationen aus der UNB zu aktuellen Themen **Vorlage: DrS/2022/229**

Herr Dr. Pranzas möchte wissen, wie die Schadensregulierung bei Wolfsrissen aussehe. Herr Borchers erläutert, dass der Kreis damit nichts zu tun habe. Die Schadensregulierung laufe über das Wolfsmanagement des Landes. Die UNB des Kreises werde dort nicht mit eingebunden. Er merkt an, dass ein Schaden jedoch nur entschädigt wird, sofern der Halter entsprechende Schutzmaßnahmen nachweisen kann. Die Schutzmaßnahmen wie z. B. Wolfszäune werden bis zu 100% gefördert.

zu 4 Beratung und/oder Beschlussfassung

zu 4.1 Anmeldung zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ff. **hier: Stellenmehrbedarf FD 63.00 Bau- und Umweltverwaltung,** **IT-Fachkoordination** **Vorlage: DrS/2022/210**

zu 7.4 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zum IT-Stellenplan bezüglich **der DrS/2022/210 und 236** **Vorlage: DrS/2022/262**

Herr Hansen erklärt, dass der Antrag der CDU-Fraktion (TOP 7.4) unter diesem Tagesordnungspunkt ebenfalls beraten wird. Grundsätzlich habe eine intensive Beratung über den Stellplan innerhalb der Haushaltsvorberatung stattgefunden.

Herr Barkowsky stellt den Antrag der CDU vor. Er erläutert, dass die CDU eine Aufklärung wünsche, warum ein IT-Koordinator benötigt wird. Frau Jensen-Schmidt erklärt, dass im Antrag der Stelleninhalt auf das OZG reduziert sei. Dieses sei aber nur ein kleiner Bestandteil der insgesamt 23 Aufgaben der Stelle. Die Stelle sei notwendig, damit 46 Mitarbeitende aus drei Fachdiensten effektiv mit der Fachanwendung K3 arbeiten können. Die drei Fachdienste würden dieselbe Fachanwendung mit 13 unterschiedlichen Modulen nutzen. Die anfallenden Tätigkeiten werden derzeit nebenbei von Mitarbeiter*innen übernommen, wodurch viele zusätzliche Überstunden anfallen. Es sei wichtig, die Mitarbeitenden zu entlasten und die Hand-

lungsfähigkeit der Fachdienste bezüglich der originären Aufgaben zu erhalten.

Herr Weber möchte wissen, ob eine Organisationsuntersuchung stattgefunden habe. Dies wird seitens Frau Jensen-Schmidt bejaht. Die Untersuchung habe eine Vollzeitstelle ergeben. Es müsse betont werden, dass durch die Tatsache, dass diese Stelle drei Fachdienste betreuen soll, insgesamt Kosten reduziert werden.

Herr Riemenschneider dankt für die Ausführungen. Die SPD werde der Stellenplananmeldung zustimmen und die Mitarbeitenden vollumfänglich unterstützen. Herr Wersig möchte wissen, ob es eine Vertretungsregelung gebe. Frau Jensen-Schmidt erklärt, dass die Stellvertretung durch die Mitarbeitenden sichergestellt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Wendorf erklärt Frau Jensen-Schmidt, dass die Stelle nicht befristet sei. Die Fachanwendungen werden regelmäßig gewartet, Programmfehler behoben und es werden Updates durchgeführt, die jeweils einen Programmtest erforderlich machen. Neuerungen müssten den Mitarbeiter*innen erklärt werden. Durch die wiederkehrende Pflege sei eine Befristung nicht sinnvoll.

Frau Baum ergänzt, dass sich der Schwerpunkt nicht auf IT sondern auf die Fachaufgaben der Fachdienste fixiere. Die IT werde weiterhin vom IuK gestellt und betreut. Es gehe bei der Stelle um einen Betreuer der Fachanwendungen mit entsprechenden Fachkenntnissen im Bau- und Umweltrecht. Nicht alle Mitarbeitenden können die anfallenden IT-/Anwendungsprobleme bei den Fachanwendungen eigenständig lösen. Es werde somit ein*e Fachkoordinator*in gesucht, welche*r eine IT-Affinität aufweist, um Lösungen für Probleme bezüglich Anwendungsfehlern und Softwareproblemen zu finden.

Herr Barkowsky bedankt sich für die Ausführung. Mit den neuen Informationen sei es für die CDU nun möglich, diese Vorlage neu zu bewerten. Die CDU-Fraktion werde sich aber im Fachausschuss enthalten.

Herr Schrenk nimmt Bezug auf das OZG. Er erklärt, dass die E-Government Aktionsplanung im Hauptausschuss vorgestellt werde. Er betont, dass es sich lediglich um einen sehr kleinen Aufgabenteil bei der zu schaffenden Stelle handele.

Herr Barkowsky zieht den Antrag der CDU-Fraktion zurück.

Beschlussvorschlag:

Der UNK-Ausschuss empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme der Stelle 0.52100.0053 in den Stellenplan 2023.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU			3	3
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD			1	1
Die LINKE	1			1
Gesamt	7		4	11

Pause: 19:15 – 19:25 Uhr

zu 7.1 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen zum Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 ff.: 2 Vollzeitstellen Radverkehrsplanung Vorlage: DrS/2022/261

Herr Hansen begründet den Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen DrS/2022/261. Das Land möchte diese Thematik fördern, jedoch werden die erforderlichen Stellen nicht vom Land refinanziert, sodass der Kreis die Kosten zu tragen hätte. Da die Zielerreichung mit viel Arbeit verbunden sei, müssten die personellen Ressourcen geschaffen werden.

Herr Weber erklärt, dass die Verkehrssicherheit zwar wichtig sei, es aber keine Organisationsuntersuchung gebe, welche Voraussetzung für eine neue Stelle sei. Er werde den Antrag deshalb ablehnen. Herr Barkowsky schließt sich dem an. Herr Wersig teilt mit, dass die SPD-Fraktion dem Antrag ebenfalls nicht zustimmen werde, weil das Land finanziell unterstützen müsse.

Herr Hansen erklärt, dass die Radstrategie 2030 noch unter der alten Landesregierung beschlossen wurde und auch der ehemalige FDP Wirtschaftsminister Buchholz daran maßgeblich beteiligt gewesen sei. Er habe deshalb auch Unterstützung von der Basis erwartet. Das Ehrenamt setze sich sehr intensiv ein, jedoch müsste z. B. eine Fördermittelakquise hauptamtlich erfolgen. Die Erledigung dieser Aufgaben sei mit den aktuellen Ressourcen der Verwaltung nicht möglich und wenn auf das Land gewartet werde, vergehe zu viel Zeit. Die Verkehrswende müsse so schnell wie möglich angeschoben werden.

Herr Weber betont, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf Kreisebene gestellt worden sei und nichts mit der Landespolitik zu tun habe. Das Land habe die Radwegförderung für mehr Sicherheit der Radfahrer*innen beschlossen. Die Stelle sei grundsätzlich notwendig, jedoch bleibe abzuwarten, ob das Land die Konnexität anerkenne. Herr Barkowsky spricht sich klar dafür aus, die Landespolitik hier außen vorzulassen. Das Thema Radschnellwege sei anfangs von Frau Maßow betreut worden, nun sei Frau Frenz dafür zuständig. Alle Stellen seien besetzt und ohne Organisationsuntersuchung gebe es keine weitere Stelle.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme von zwei Stellen (2,0 Vollzeitstellen) Radverkehrsplaner*innen in den Stellenplan 2023*.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		3		3
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD		1		1
Die LINKE	1			1
Gesamt	3	8		11

zu 7.2 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen: Zwei VZS für den Naturschutz, Umsetzung der Biodiversitätsstrategie und biologischen Klimaschutz Vorlage: DrS/2022/260

Herr Hansen erklärt, dass letztes Jahr eine Stelle beschlossen worden sei, welche erst im Juli besetzt werden konnte. Dadurch sei im FD 67.00 viel Arbeit liegen geblieben, was zur Folge habe, dass z. B. nicht alle Ausgleichszahlungen für Windenergie ausgegeben werden konnten und zurückzuzahlen seien. Die Verwaltung solle in die Lage versetzt werden, den Klimaschutz voranzutreiben. Herr Weber verweist darauf, dass auch hier eine Orgauntersuchung fehle, gleichwohl könne er der Stelle inhaltlich besser zustimmen. Er gehe davon aus, dass das Land erstattete Ausgleichszahlungen auch für Klimaschutzprojekte einsetze.

Herr Wersig spricht sich dafür aus, die Gespräche zwischen dem Landkreistag mit dem Land abzuwarten. Herr Schrenk erklärt, dass er wenig Hoffnung habe, dass das Land bei der Förderung der Biodiversität weiter unterstützen wird. Er teilt mit, dass die im letzten Jahr bewilligte Stelle wie vorgesehen für die Genehmigung von Windkraftanlagen verwendet werde. Weitere 1,7 Stellen werden wie beantragt unter anderem für die Genehmigung von Maßnahmen an Gehölzen und Bäumen und für den Kickschutz eingesetzt. Für die Verwendung der Ausgleichszahlungen für Windkraftanlagen stehe kein Personal zu Verfügung. Herr Borchers ergänzt, dass aktuell nur die Pflichtaufgaben erfüllt werden können. Die Förderung der Biodiversität sei mit den vorhandenen personellen Ressourcen nicht möglich. Herr Dr. Pranzas hält die Personaldecke des Kreises für Umweltschutzaufgaben für zu dünn und begrüßt den weiteren Stellenantrag.

Frau Baum erläutert, dass aus diesem und dem letzten Jahr insgesamt 1,8 Mio. € nicht ausgegeben werden konnten und gegebenenfalls an das Land zurückgezahlt werden müssen, weil Personal fehle. Grundsätzlich sei das Geld zweckgebunden und müsse innerhalb von drei Jahren verwendet werden. Herr Riemenschneider erklärt, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen könnte, sofern der Antrag auf

eine Stelle reduziert werde. Herr Barkowsky verweist ebenfalls auf die fehlende Organuntersuchung. Da das Thema aber sehr wichtig sei, formuliert er einen Änderungsantrag, dass eine Vollzeitstelle beantragt wird.

Herr Dr. Pranzas erläutert, dass es sehr wichtig für den Kreis sei, ortsnahe zu reagieren. Dort wo der Eingriff stattfindet, müsse auch der Ausgleich durchgeführt werden. Er spricht sich für den Antrag mit 2 Stellen aus.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme von 2,0 Vollzeitstellen in den Fachdienst 67.00.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		3		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD		1		1
Die LINKE	1			1
Gesamt	3	8		12

Antrag der CDU-Fraktion:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme von 1,0 Vollzeitstellen in den Fachdienst 67.00.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	3			3
SPD	2		1	3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP			1	1
AfD		1		1
Die LINKE	1			1
Gesamt	8	1	2	11

zu 7.3 Antrag der Fraktion B90/ Die Grünen über eine weitere Vollzeitstelle in der Klimaschutzleitstelle Vorlage: DrS/2022/259

Herr Hansen stellt den Antrag vor. Er betont, dass ein immer schneller voranschreitender Klimawandel den Kreis zu einem schnelleren Agieren zwingt. Dafür müsse die personelle Ressource geschaffen werden.

Herr Wersig vertritt die Auffassung, dass die Neufassung des Klimaschutzkonzeptes abgewartet werden sollte. Aufgrund der Ergebnisse könnten Stellen für den Stellenplan 2024 angemeldet werden.

Herr Barkowsky erklärt, dass ohne Organisationsuntersuchung keine Stelle geschaffen werden solle. Die Städte und Gemeinden hätten inzwischen auch Beratungsstellen eingerichtet, wodurch Herr Birnbaum entlastet werde. Auch Herr Weber betont, dass keine Stelle ohne Organisationsuntersuchung eingerichtet werden solle. Herr Dr. Pranzas teilt mit, dass er dem Antrag zustimmen werde. Die Klimawerte seien katastrophal und auch der Kreis müsse jetzt handeln.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz empfiehlt dem Hauptausschuss und dem Kreistag die Aufnahme einer weiteren Vollzeitstelle in der Klimaschutzleitstelle (Klimaschutzmanager*in) in den Stellenplan 2023.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		3		3
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP		1		1
AfD		1		1
Die LINKE	1			1
Gesamt	3	8		11

zu 4.2 Budget 2023 - Fachbereich IV Umwelt-, Natur- und Klimaschutz Vorlage: DrS/2022/224

Herr Hartmann und Frau Baum erläutern die Änderungen des Budgets für 2023 und gehen dabei auf einige Teilpläne ein.

Herr Hansen bedankt sich für die gute Vorarbeit der Verwaltung und lässt abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der UNK-Ausschuss empfiehlt das Budget 2023 der Teilpläne 511, 541, 542, 547, 551, 554, 561, 575 entsprechend der im Haushaltsentwurf vorgelegten Form mit den eingebrachten Änderungen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	3			3
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP			1	1
AfD			1	1
Die LINKE	1			1
Gesamt	9		2	11

zu 5 Verschiedenes

zu 5.1 Informationen und Anfragen

Es gibt keine Informationen oder Anfragen.

zu 5.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Dr. Pranzas wünscht eine Abstimmung über mögliche Themen beim Waldforum in der nächsten Sitzung. Herr Borchers stellt dar, dass die Themen bereits jetzt festgelegt seien, damit eine intensive Vorbereitung stattfinden könne. Die nächste UNK Sitzung liege unmittelbar vor dem Waldforum. Themenwünsche müssten sehr kurzfristig an Herrn Borchers herangetragen werden. Ob diese noch Berücksichtigung finden können, müsse mit den Referenten abgestimmt werden. Herr Hansen weist darauf hin, dass es auch schon einmal eine Themenabfrage zum Waldforum im UNK gegeben habe.

zu 6 Einwohnerfragestunde II

Herr Erik Wassermann aus Sülfeld stellt sich als neues bürgerliches Mitglied der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Er stellt dar, dass nach seiner Wahrnehmung bei vielen Ausschussmitgliedern der politische Gestaltungswille fehle. Es gehe um wichtige Themen, bei denen der Kreis in Vorleistung gehen müsse. Er erkundigt sich, was der Kreis in Bezug auf die Kälteplanung in den Gemeinden plane, um die Kommunen künftig besser zu unterstützen.

Herr Hartman erklärt, dass der Kreis im Rahmen seiner Möglichkeiten gerne unterstütze. In der letzten Woche habe es diesbezüglich als ersten Aufschlag einen Workshop für die Gemeinden gegeben. Die personellen Ressourcen seien aber begrenzt. Herr Hansen ergänzt, dass unterstützende Maßnahmen im neuen Klimaschutzkonzept festgeschrieben werden. Dafür werden aber mehr personelle Ressourcen benötigt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Arne Hansen
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)